der Klägerin also hier im Schlußurteil einheitlich für die gesamte — erste — Instanz zu befinden ist.

Daß das Oberste Gericht in seinem Urteil über das erfolglose Rechtsmittel des Verklagten dessen Kostenersatzpflicht noch nicht ausgesprochen hatte, steht dem nicht entgegen; denn die Kostenentscheidung kann dem Schlußurteil auch für rechtskräftige Zwischen- und Teilverurteile auch dann überlassen werden, wenn über ihren Inhalt keine Zweifel bestehen können.

§§ 160, 394 ff. ZPO,

Im Protokoll über eine Zeugenvernehmung kann gern. § 160 Abs. 2 Ziff. 3 ZPO zwar auf eine frühere förmliche Zeugenvernehmung (§ 394 ff. ZPO) in demselben Verfahren Bezug genommen werden, nicht aber auf sonstige Befragungen, z. B. durch die Geschäftsstelle oder in Verfahren über einstweilige Kostenbefreiung.

OG, Urt. vom 28. November 1955 — 2 Zz V 3/55.

Aus den Gründen:

Das Kreisgericht hat bei seiner Beweisaufnahme die Vorschriften über die Protokollierung (§ 160 Abs. 2 Ziff. 3 ZPO) verletzt. Im Protokoll über die Vernehmung der Zeugin M. vom 15. November 1954 findet sich lediglich der Vermerk: „Die Zeugin wiederholt ihre Aussage“. Um was für eine Aussage es sich hierbei handelt, ist nicht ersichtlich. Es kann allerdings vermutet werden, daß hier der Inhalt der von der Zeugin im Verfahren über die einstweilige Kostenbefreiung abgegebenen Erklärung vom 22. April 1954 gemeint ist. Eine solche Befragung ist aber keine Zeugenvernehmung i. S. des § 160 Abs. 2 Ziff. 3 und der §§ 373, 394 ff. ZPO, da sie nur einer vorläufigen Maßnahme — der Entschließung über die einstweilige Kostenbefreiung — dient und infolgedessen ohne Zuziehung der Parteien durchgeführt werden kann. Überdies ist sie hier, soweit aus den Akten entnommen werden kann, von der Rechtsantragstelle, also einer Abteilung der Geschäftsstelle, mithin nicht vom Richter vorgenommen worden. Es war also unzulässig, auf sie zu verweisen, wie dies bei einer von einem Richter gern. §§ 394 ff. ZPO durchgeführten Vernehmung zulässig — allerdings bei einem Verkehrsunfall sehr unzweckmäßig — gewesen wäre. Besonders zu beanstanden ist aber die Oberflächlichkeit, mit der das Kreisgericht die Ortsbesichtigung durchgeführt hat. Eine Ortsbesichtigung wird bei einer Reihe von Streitigkeiten auf Grund von Verkehrsunfällen notwendig sein, um die für eine Entscheidung oft erforderlichen eingehenden Ortskenntnisse und damit Klarheit über die Einzelheiten des Unfallherganges zu gewinnen. Über ist es aber auch erforderlich, die Unfallstelle, insbesondere die Breite der Fahrbahn, genau auszumessen. Es genügt nicht, in eine Skizze an der Stelle, die die Fahrbahn darstellen soll, einzutragen: „ca. 7 m“. Sieht man von einer Ausmessung ab, dann müssen, wenn es auf die Maße ankommt, wenigstens die bei der Abt. Kataster befindlichen Unterlagen beigezogen werden, aus denen die Maße ersichtlich* sind, keinesfalls darf sich das Gericht aber mit einer sog. Schrittmessung oder einer Schätzung begnügen. Hier hätte außer der Breite der Fahrbahn die Entfernung von der Kreuzung Schmiedestraße—Schloßstraße bis zur Unfallstelle ermittelt werden müssen. Erst wenn diese Entfernung festgestellt ist, kann aus ihr über die Richtigkeit der vom Kreisgericht gezogenen Schlußfolgerung befunden werden, der Verklagte habe, da er nach der Aussage der Zeugin M. im scharfen Tempo gefahren sei, das Stoppschild an der Schmiedestraße nicht beachtet. Vor allem hätte die Feststellung dieser Entfernung, da nach der Behauptung des Verklagten die Klägerin schräg über die Straße, mit der Blickrichtung auf die Sparkasse, gegangen sei, insofern Bedeutung, als daraus geschlossen werden könnte, ob die Klägerin vom Zeitpunkt der Trennung von der Zeugin bis zu dem Augenblick des Unfalls nur 5 m zurückgelegt haben kann. Nicht erklärlich ist, aus welcher Kenntnis die Zeugin M. bestätigt hat, die Klägerin habe vom Kiosk aus die Straße „direkt“ überquert. Die Zeugin soll nach dem „Protokoll“ angegeben haben, sie habe sich an dem Kiosk von der Klägerin getrennt und sei in Richtung Schmiedestraße, also in entgegengesetzter Richtung, gegangen.

Weiter muß darauf hingewiesen werden, daß eine Skizze bei der Entscheidung nur verwertet werden

kann, wenn sie maßgerecht (flächen- und winkeltreu) ist.

Was die Vernehmung der Klägerin und der Zeugin anlässlich der Ortsbesichtigung anlangt — soweit von einer Vernehmung überhaupt gesprochen werden kann — so ergibt sich aus dem „Protokoll“ vom 22. November 1954 nicht, was die Vernommenen ausgesagt haben. Diese Niederschrift ist nicht als Protokoll zu werten. Es ist davon auszugehen, daß kein Protokoll aufgenommen wurde. Auch bei einer Ortsbesichtigung muß ein den Bestimmungen der ZPO entsprechendes Protokoll aufgenommen werden (§ 160 Abs. 2 Ziff. 4 ZPO). Werden bei der Ortsbesichtigung die Parteien oder auch Zeugen nach Einzelheiten befragt — sog. zusammengesetzter Augenschein — so müssen ihre Aussagen unmittelbar danach in einem geeigneten Raum zu Protokoll genommen werden.

Eine in der geschilderten Art mangelhaft durchgeführte Ortsbesichtigung kann keine Grundlage für eine Entscheidung bilden, dasselbe gilt für das mangelhafte „Protokoll“.

Arbeitsrecht

§§ 5 und 8 KKVO; § 54 ArbGG; § 264 ZPO.

In Arbeitsgerichtssachen, in denen vor Klageerhebung die Konfliktkommission angerufen werden muß, ist vom Güteverfahren abzusehen. Die Verletzung dieses Grundsatzes führt jedoch nicht zur Aufhebung des Urteils des Kreisarbeitsgerichts im Kassationsverfahren.

Eine Klagänderung ist unzulässig, wenn die Konfliktkommission über den mit der Klagänderung geltend gemachten Anspruch noch nicht verhandelt hat.

OG, Urt. vom 5. Dezember 1955 — 2 Za 124/55.

Aus den Gründen:

Durch das sich aus § 54 ArbGG obligatorisch ergebende Güteverfahren soll erreicht werden, daß das Gericht die Möglichkeit hat, mit den Parteien alle für eine gütliche Beendigung des Rechtsstreits sich ergebenden Umstände zu erörtern. Diese Möglichkeiten sind aber — es ist davon auszugehen, daß die Konfliktkommissionen den Streitfall mit den Beteiligten weitgehend erörtern — in der Verhandlung vor der Konfliktkommission ausgeschöpft. Es ist daher in Arbeitsstreitfällen, in denen bereits ein Beschluß der Konfliktkommission vorliegt, keine Güteverhandlung durchzuführen. Das bedeutet keinesfalls eine Verletzung des § 54 ArbGG. Durch die Konfliktkommissionsverordnung ist vielmehr in sehr erweitertem Maße dem Mitbestimmungsrecht der Werktätigen im sozialistischen Sektor unserer Wirtschaft Rechnung getragen und die in Art. 17 der Verfassung festgelegte Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in einem weiteren Punkt verwirklicht.

(Es folgen Ausführungen darüber, daß das Kreisarbeitsgericht auch bei der Durchführung des Güteverfahrens Fehler begangen habe.)

Diese Verfahrensverletzungen, auf die ihrer Bedeutung wegen hinzuweisen war, können jedoch, wie auch der Generalstaatsanwalt ausführt, nicht zur Aufhebung des angefochtenen Urteils führen, da kein Anlaß zu der Annahme besteht, daß sie es sachlich beeinflussen haben.

Dagegen war Aufhebung aus folgendem Grunde erforderlich: Mit der VO über die Bildung von Kommissionen zur Beseitigung von Arbeitsstreitfällen (Konfliktkommissionen) in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben und in den Verwaltungen vom 30. April 1953 (GBl. S. 695) ist die Entscheidung eines großen Teiles der Arbeitsstreitfälle diesen Kommissionen übertragen worden. Nach § 8 KKVO darf bei Arbeitsstreitfällen, für deren Entscheidung die Konfliktkommissionen zuständig sind — ihre Zuständigkeit ist nach § 5 Ziff. 3, Buchst. a auch in Streitfällen über die Bezahlung von Sonn-, Feiertags-, Nacht- und Überstundenarbeit gegeben —, das Arbeitsgericht erst angerufen werden, wenn der Arbeitsstreitfall vorher vor der Konfliktkommission verhandelt wurde.